

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgit Bessin, Martin Reichardt, Sebastian Maack, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/1226 –**

Übersicht aller Projekte der Antidiskriminierungsstelle des Bundes seit 2020 sowie Darlegung der erzielten Ergebnisse und Erfolge

Vorbemerkung der Fragesteller

Auf Grundlage von § 25 des seit dem Jahr 2006 gültigen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurde die Antidiskriminierungsstelle des Bundes geschaffen, die zunächst beim damaligen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt war. Die Aufgaben der Stelle sind in § 27 AGG geregelt (www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-uns/gesetzliche-grundlagen/gesetzliche-grundlagen-node.html). Demnach soll die Antidiskriminierungsstelle Maßnahmen gegen Benachteiligungen „aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ durchführen, Öffentlichkeitsarbeit betreiben und wissenschaftliche Untersuchungen zu diesen Benachteiligungen durchführen (www.gesetze-im-internet.de/agg/_27.html).

Zu einer bundesweiten Debatte über die Auslegung des Antidiskriminierungsbegriffs durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes führten die im Jahr 2020 getätigten Äußerungen der späteren Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes, Ferda Ataman: „Aber selbst Zeitgenossen, die sich als weltoffen und liberal sehen, mutieren mitunter zu dünnhäutigen Emodeutschen, wenn sie als Weiße*r, Alman oder Kartoffel bezeichnet werden. Erstaunlich viele werten das als beleidigende Diskriminierung. Warum nur?“ (www.spiegel.de/kultur/almanis-oder-wie-nennen-wir-kartoffeln-a-5553fe6b-baa4-4cbe-993c-3daff61199bf).

Seit dem Jahr 2006 hat sich das Budget der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in der Gesamttendenz rasant erhöht: Von 2 814 000 Euro im Jahr 2006 (Bundestagsdrucksache 20/6940) stieg der Betrag auf 14 145 000 Euro im Jahr 2024 (Bundestagsdrucksache 21/308), sodass mehr als eine Verfünfachung zu verzeichnen ist.

Die Beantwortung der Schriftlichen Frage 109 der Abgeordneten Birgit Bessin auf Bundestagsdrucksache 21/747 liefert einige Erkenntnisse über die Projekte, die mit diesen Geldern gefördert wurden. Gefragt wurde, welche beiden Projekte jeweils in den Jahren 2020 bis 2024 mit den höchsten Geldbeträgen gefördert wurden. In der Antwort des Bundesministeriums für Bildung, Fami-

lien, Senioren, Frauen und Jugend wird hierzu ausgeführt, dass unter anderem folgende Projekte mit Zuwendungen gemäß den §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung gefördert wurden:

- ÖPNV für Alle – Wie kann eine diskriminierungsfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gelingen (2022; gefördert mit 44 794,05 Euro);
- AutoCheck – Handlungsanleitung für den Umgang mit automatisierten Entscheidungssystemen für Antidiskriminierungsberatungsstellen (2022; gefördert mit 41 074,64 Euro);
- Aufbau von spezialisierten Schwerpunktberatungsstellen. Eine Weiterentwicklung des horizontalen Beratungsansatzes der LAG Antidiskriminierungsberatungsberatung Baden-Württemberg (2023; gefördert mit 344 758,31 Euro);
- Aufbau von spezialisierten Schwerpunktberatungsstellen. Eine Weiterentwicklung des horizontalen Beratungsansatzes der LAG Antidiskriminierungsberatungsberatung Baden-Württemberg (2024; gefördert mit 343 339,57 Euro).

Auffallend ist für die Fragesteller hierbei, dass allein drei der vier hier aufgelisteten Projekte ausweislich ihres Titels offenbar primär nicht die Beratung oder Unterstützung der Betroffenen von Diskriminierung als Ziel haben, sondern Handlungsanleitungen und Beratungen für die Diskriminierungsstellen und Diskriminierungsberatungen selbst; mehrfach ist diesbezüglich die Rede von „Antidiskriminierungsberatungsberatung“, deren Weiterentwicklung jeweils mit sechsstelligen Beträgen gefördert wurde (s. o.).

Vor dem Hintergrund des – wie oben stehend geschildert – in der Gesamtten- denz rasant zunehmenden Budgets der Antidiskriminierungsstelle des Bundes besteht nach Auffassung der Fragesteller eine besonders große Notwendigkeit, die Legitimität dieser Ausgaben zu überprüfen und festzustellen, ob die erziel- ten Erfolge und Ergebnisse der Projekte den hohen finanziellen Aufwand rechtfertigen. Die Kleine Anfrage verfolgt daher das Ziel, eine gegenüber der Beantwortung der Schriftlichen Frage (s. o.) detailliertere Übersicht über die geförderten Projekte und über die durch diese Projekte erzielten Ergebnisse zu erhalten.

1. Welche Projekte der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurden seit dem Jahr 2020 mit Bundesmitteln finanziert, und wie hoch war jeweils die finanzielle Förderung (bitte alle seit dem Jahr 2020 finanzierten Projekte mit Titel, Start- und Enddatum sowie dem Fördervolumen aus Bundesmit- teln auflisten)?

Es wird davon ausgegangen, dass mit der Frage nach finanzieller Förderung Zuwendungen gemäß den §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) ge- meint sind. Die Zuwendungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes seit 2020 sind der Anlage* zu Frage 1 zu entnehmen. Hinsichtlich der Förderungen im Jahr 2025 wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 111 des Abgeordneten Christian Zaum auf Bundestagsdrucksache 21/1164 verwiesen.

2. Welche konkreten Ergebnisse und Erfolge wurden durch die in der Ant- wort zu Frage 1 genannten Projekte erzielt?

Gemäß Nummer 11a der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Bundes- haushaltsordnung (VV) zu § 44 BHO werden bei allen Zuwendungen Erfolgs- kontrollen durchgeführt. Die in der Antwort zu Frage 1 genannten abgeschlos- senen Projekte haben im Ergebnis die jeweiligen Förderziele und Zuwendungs-

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/1374 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

zwecke gemäß Nummer 2.1. der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung für Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen (RL-ADS) vom 14. Dezember 2022 umgesetzt.

Für im Rahmen des Programms „respekt*land“ geförderte Projekte erfolgt eine wissenschaftliche Evaluierung zur Erfolgskontrolle gemäß Nummer 2.2 VV zu § 7 BHO.

3. Welche konkreten projektbezogenen Ziele wurden durch das Projekt „AutoCheck – Handlungsanleitung für den Umgang mit automatisierten Entscheidungssystemen für Antidiskriminierungsberatungsstellen“ (2022; gefördert mit 41 074,64 Euro) verfolgt, und welche konkreten Ergebnisse und Erfolge wurden im Hinblick auf diese projektbezogenen Ziele erreicht?

Das Projekt „AutoCheck“ verfolgte das Ziel, Antidiskriminierungsstellen in die Lage zu versetzen, neuartige Diskriminierungsrisiken durch automatisierte Entscheidungssysteme (ADMS) etwa im Bereich Kreditvergabe, Versicherungen, Wohnungsvergabe oder Onlinehandel besser zu verstehen und konkrete Fälle von Diskriminierung durch ADMS zu erkennen, um im Einzelfall Betroffene besser unterstützen zu können. Im Zuge des Projekts wurden ein Ratgeber zu Diskriminierung durch ADMS für Antidiskriminierungsstellen veröffentlicht, ein Schulungskonzept entwickelt und Workshops zum Thema durchgeführt. Eine Erfolgskontrolle fand gemäß Nummer 11a VV zu § 44 BHO statt.

4. Welche konkreten projektbezogenen Ziele wurden durch das Projekt „Aufbau von spezialisierten Schwerpunktberatungsstellen. Eine Weiterentwicklung des horizontalen Beratungsansatzes der LAG Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg“ (2023; gefördert mit 344 758,31 Euro) verfolgt, und welche konkreten Ergebnisse und Erfolge wurden im Hinblick auf diese projektbezogenen Ziele erreicht?

Das Verbundprojekt der neun in der Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Beratungsstellen verfolgt das Ziel, es den beteiligten lokalen Antidiskriminierungsberatungen zu ermöglichen, zusätzliche Kompetenz im Sinne spezifischer Beratungsschwerpunkte aufzubauen. Durch die Schwerpunktberatungsstellen sollen bestehende Lücken im Beratungsangebot geschlossen werden und die Qualität der Antidiskriminierungsberatung im Bundesland weiterentwickelt werden.

Hinsichtlich der Ergebnisse und Erfolge wird auf die wissenschaftliche Evaluierung der Zuwendung gemäß Nummer 2.2 VV zu § 7 BHO und die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

5. Warum tauchen einzelne Bundesländer wie Baden-Württemberg bei den in der Vorbemerkung der Fragesteller erwähnten Projekten mit besonders hohem Fördervolumen mehrfach auf, und gibt es in der Förderung ein Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Bundesländern?

Zuwendungen des Bundes setzen gemäß den §§ 23, 44 Absatz 1 BHO ein erhebliches Bundesinteresse voraus und sind grundsätzlich auf bundesweite Wirksamkeit ausgerichtet. Das Programm „respekt*land“ hat aufgrund eines in der 20. Legislaturperiode gefassten Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags (31. Sitzung des Haushaltsausschusses am 19. Oktober 2022, Beschluss zu TOP 24, Ausschussdrucksache 20/2301) den Ausbau der zivilgesellschaftlich organisierten Antidiskriminierungsberatung gemeinsam

mit den Bundesländern zum Ziel. Im Programm „respekt*land“ werden Projekte in allen 16 Bundesländern sowie bundesweit ausgerichtete Projekte gefördert. Die Entscheidung über die Förderhöhe erfolgt nach Notwendigkeit und Angemessenheit zur Erreichung des Zweckes auf Grundlage der Einzelanträge nach Nummer 3 VV zu § 44 BHO.

6. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die in der Vorbemerkung der Fragesteller dieser Kleinen Anfrage genannten Projekte mit einem besonders hohen Fördervolumen sich ausweislich ihres Titels in mehreren Fällen nicht primär mit der Unterstützung von Betroffenen von Diskriminierung befassen, sondern primär mit der Unterstützung von Antidiskriminierungsstellen und entsprechenden Beratungsangeboten selbst?

Durch den Ausbau von Beratungsangeboten in allen Bundesländern tragen die Zuwendungen im Programm „respekt*land“ unmittelbar dazu bei, die Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene von Diskriminierung zu verbessern. Die genannten Stellen beraten und unterstützen die Ratsuchenden im Diskriminierungsfall direkt und niedrigschwellig durch Einzelfallberatung vor Ort. Auch außerhalb des Programms „respekt*land“ kommen Zuwendungen an Antidiskriminierungsstellen und Beratungsangebote der verbesserten Unterstützung von Diskriminierung betroffener Personen zugute.

7. Wie hoch waren die Gesamtausgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes für die Unterstützung von „Antidiskriminierungsberatungsberatung“ seit dem Jahr 2020?

Eine Unterstützung von „Antidiskriminierungsberatungsberatung“ durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gab es im angegebenen Zeitraum nicht.

8. Wurden von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes seit dem Jahr 2020 neben Maßnahmen für die Unterstützung von „Antidiskriminierungsberatungsberatung“ auch Maßnahmen für die Unterstützung von „Antidiskriminierungsberatungsberatung“ unterstützt, und wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln insgesamt?

Nein.

9. Wird sich das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter ihrer neuen Hausleitung mit Bundesministerin Karin Prien an der Annahme der Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes ausrichten, dass die Begriffe „Kartoffeln“, „Alman“ und „Emodeutsche“ als Bezeichnung für deutsche Staatsbürger keineswegs diskriminierend seien?

Die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung wird vom Deutschen Bundestag gewählt und ist nicht Teil der Bundesregierung. Die Bundesregierung kommentiert keine Äußerungen von Dritten.

Anlage zu Frage Nr. 1 / Kleine Anfrage 12/1226
Zuwendungsempfänger ADS HHJ 2020-2024

Laufzeit	Projekttitel	Zuwendungssumme
01.07.2019-31.05.2021	"Anti-Schwarzer Rassismus in Deutschland: Qualitative Befunde und Auftakt einer Panel-Befragung unter Menschen afrikanischer Herkunft (AnSweR)"	176.504,98 €
01.07.2019-31.07.2020	Die Arbeitssituation von Inter*-Personen in Deutschland unter differenzieller Perspektive zu LSBT*-Personen	73.770,31 €
01.07.2019-31.12.2020	Neue Partnerschaften finden – Diversitäten leben – gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	32.820,00 €
01.07.2019-31.12.2020	Sensibilisierung, Schulung und Beratung zu umfassenden Präventionsmaßnahmen bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz mit dem Schwerpunkt sexueller Belästigung in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitsbereichs in Pforzheim, im Enzkreis und in Calw	18.819,11 €
01.10.2019-30.11.2020	Was unternehmen! Gegen Diskriminierung und für Vielfalt in Betrieb und Unternehmen	120.724,64 €
01.11.2019-31.12.2020	Arbeitsrechte und arbeitsbezogener Diskriminierungsschutz – Sensibilisierung in Deutsch- und Integrationskursen	61.442,00 €
01.09.2019-31.12.2020	" ... nicht mehr die Meckermotzmaschine sein ..."	72.341,00 €
01.04.2020-31.12.2020	Vielfalt im Film	30.000,00 €
01.05.2020-30.06.2021	Pretest eines Fragenmoduls zu subjektiven Diskriminierungserfahrungen in der SOEP-Innovationsstichprobe	141.214,70 €
01.07.2019-30.06.2022	Wissen schafft Verständnis! - Aufklärung über die Einwanderung von Roma nach Deutschland	5.000,00 €
01.01.2021-31.12.2022	"Act Aware. Act Now" - Eine bundesweite Initiative zur Implementierung von Antidiskriminierungs- und Awareness-Maßnahmen auf Veranstaltungen und bei Versammlungen	100.000,00 €
01.01.2021-31.12.2022	"ÖPNV für Alle" – Wie kann eine diskriminierungsfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gelingen?	79.635,75 €
01.02.2021-30.11.2021	Service für Alle! Angebote der Diskriminierungsprävention für Betriebe, Unternehmen und Organisationen	87.612,80 €
01.02.2021-30.09.2022	AutoCheck - Handlungsanleitung für den Umgang mit automatisierten Entscheidungssystemen für Antidiskriminierungsberatungsstellen	99.850,73 €
15.03.2023-31.01.2024	Standards für kommunale Antidiskriminierungsstellen	123.936,00 €
15.03.2023-31.01.2024	AD-Kindel Hessen	78.022,66 €
01.03.2023-31.01.2024	Stadt.Land.Horizont	233.840,00 €
01.03.2023-31.01.2024	Mobile Antidiskriminierungsberatung Saar	83.997,14 €
01.03.2023-31.01.2024	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung für behinderte Menschen	137.290,27 €
01.03.2023-31.01.2024	Aufbau von professionalisierter, mobiler peer-Antidiskriminierungsberatung für trans* und nichtbinäre Personen im ländlichen Schleswig-Holstein	75.000,00 €
01.03.2023-31.01.2024	Raus aufs Land – Antidiskriminierungsberatung in Thüringen	182.116,86 €
01.03.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsberatung Anhalt	209.403,24 €
01.04.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt im ländlichen Raum	143.850,00 €
15.03.2023-31.01.2024	Weiterbildungsangebot für AD-Berater*innen zum Thema intersektionale Diskriminierung und Gewichtsdiskriminierung	86.944,67 €
01.05.2023-01.04.2024	Den Diskriminierungsschutz für Betroffene von Rassismus durch die Polizei stärken! Aufbau einer Anlauf- und Informationsstelle	89.724,98 €
01.04.2023-31.01.2024	AD-Beratung in Bayern im Kontext Antiziganismus	107.225,00 €
01.04.2023-31.01.2024	Modellprojekt: Aufbau eines regionalen AD-Beratungsbüros in RLP	172.106,09 €
01.03.2023-31.01.2024	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung	407.072,52 €
01.04.2023-31.01.2024	Aufbau einer flächendeckenden Beratungsstelle gegen Diskriminierungen in Oberfranken	107.900,00 €
01.03.2023-31.01.2024	VABUM- Vernetzte Antidiskriminierungsberatung in Unterfranken und Mittelfranken	145.924,71 €
01.03.2023- 31.01.2024	Antidiskriminierungsbüro Hamburg entwickeln	138.588,21 €
01.04.2023-31.01.2024	Mobile Antidiskriminierungsberatung in Bayern: intersektional, flächendeckend, professionell	101.138,88 €
31.03.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsarbeit in Stadt und Landkreis: zivilgesellschaftliche AD-Beratung, zivilgesellschaftliches AD-Netzwerk und strukturelle AD-Stelle	69.901,38 €
15.03.2023-31.01.2024	Auf- und Ausbau einer überregionalen Antidiskriminierungsberatungsstelle für LSBTIQ* / FLINTA in Ostwestfalen-Lippe (OWL)	105.860,00 €
01.04.2023-31.01.2024	AD-Beratung zu Diskriminierung im Gesundheitswesen	113.490,31 €
01.04.2023-31.01.2024	AD-Beratung in Niedersachsen quantitativ und qualitativ sichern, entwickeln und ausbauen	79.000,00 €

01.04.2023-31.01.2024	Aufbau von Antidiskriminierungsberatung (ADB) in zwei Landkreisen Nordost-Niedersachsen: Modell für ADB in ländlichen Regionen	84.520,00 €
01.04.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsberatung außerhalb von Ballungsräumen	53.506,43 €
01.05.2023-31.01.2024	Rassismus in der Bildung erkennen, benennen und dagegen vorgehen	85.725,00 €
01.05.2023-31.01.2024	BeAGGtiv - Kompetenz- und Beratungszentrum gegen Diskriminierung - transparent - innovativ - verbindlich!	138.377,08 €
01.06.2023-31.01.2024	Kinder im Fokus - Antidiskriminierungsberatung aus der Kinderperspektive	75.080,50 €
01.05.2023-31.01.2024	Schaffung einer bundesweiten Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen	172.851,67 €
01.06.2023-31.01.2024	Taub.Jung.Diskriminiert	104.742,10 €
01.05.2023-31.01.2024	Mobile Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum der Landkreise Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte	136.065,00 €
01.05.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsbüro Westmecklenburg	178.646,30 €
01.05.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum Greifswald	128.953,46 €
01.05.2023-31.01.2024	QAD*16 // Queere Antidiskriminierungsberatung für die 16 Bundesländer	90.887,13 €
24.03.2023-31.01.2024	Ausbau Antidiskriminierungsberatung NW-Niedersachsen	104.796,05 €
01.04.2023-31.01.2024	Aufbau von spezialisierten Schwerpunktberatungsstellen. Eine Weiterentwicklung des horizontalen Beratungsansatzes der LAG Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg	344.758,31 €
01.07.2023-31.10.2024	Rassistische Diskriminierungserfahrungen und psychische Gesundheit im Alltag von Jugendlichen mit (zugeschriebener) osteuropäischer Herkunft	118.040,82 €
01.05.2023-31.10.2024	Diskriminierung von Menschen osteuropäischer Herkunft auf dem Arbeitsmarkt: Institutionelle und individuelle Kontexte	168.587,89 €
01.05.2023-30.09.2024	Strukturelle Diskriminierung in der Rechts- und Beratungspraxis – Entwicklung von Methoden der mehrdimensionalen Diskriminierungsforschung (EMMD)	174.203,48 €
01.07.2023-30.09.2024	Detektiv – Detektion und Messung von Diskriminierung im Vignettenexperiment. Eine Validierungsstudie am Beispiel internationaler Hochschulabsolvent*innen im deutschen Arbeitsmarkt	84.423,18 €
15.06.2023-30.09.2024	Diskriminierung bei Waren und Dienstleistungen im digitalen Raum. Neue Potenziale und Wege von Testings nutzen.	147.289,76 €
01.06.2023-31.10.2024	Diskriminierung und Resilienz. Erinnerung und Kontinuitäten unter Roma (DiREkt-Roma)	185.973,85 €
01.05.2023-30.06.2024	Diskriminierung jenseits der Kategorien: Erfahrungen osteuropäischer Einwanderer in urbanen Sozialräumen (DjeKa)	189.118,41 €
01.06.2023-30.09.2024	Sinti:zze und Rom:nja in der bundesdeutschen Hochschullandschaft - Bestandsaufnahme über den Kampf gegen Antiziganismus an Hochschulen und Universitäten	105.415,41 €
01.06.2023-30.09.2024	Betroffenenzugang und -bewertung der AD-Beratung	59.258,25 €
01.08.2023-31.01.2024	"Darin lass ich Dich alt aussehen" - Kampagne gegen Altersdiskriminierung mit Frauen über 47 Jahren	54.928,00 €
01.11.2023-31.05.2024	ZUFÄLLE GIBT'S. - Rassismus & Antisemitismus nicht dem Zufall überlassen!	90.000,00 €
01.09.2023-30.09.2024	Bewältigung der Herausforderungen gemeinsamer Standards für europäische Gleichbehandlungsstellen - Abschwächung des diskriminierenden Potenzials der künstlichen Intelligenz	184.869,49 €
01.02.2024-31.01.2025	Kompetenzentwicklung kommunaler Antidiskriminierungsstellen	86.895,86 €
01.02.2024-31.01.2025	AD - Kindel Hessen	129.996,13 €
01.02.2024-31.01.2025	Stadt.Land.Horizont	215.346,27 €
01.02.2024-31.01.2025	Mobile Antidiskriminierungsberatung im Saarland	90.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung für behinderte Menschen	127.848,01 €
01.02.2024-31.01.2025	Aufbau von professionalisierter, mobiler peer-Antidiskriminierungsberatung für trans* und nichtbinäre Personen im ländlichen Schleswig-Holstein	75.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Raus aufs Land - Antidiskriminierungsberatung in Thüringen	199.313,63 €
01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsberatung Anhalt	197.240,43 €
01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt im ländlichen Raum	153.917,32 €
01.02.2024-31.01.2025	Weiterbildungsangebot Gewichtsdiskriminierung und intersektionale Diskriminierung	79.999,99 €
01.02.2024-31.01.2025	Unabhängige Antidiskriminierungsberatung in Bremen stärken und ausbauen	108.971,67 €
01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsberatung in Bayern im Kontext Antiziganismus	170.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Modellprojekt: Aufbau eines regionalen Antidiskriminierungsberatungsbüros RLP	190.800,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung	463.424,75 €
01.02.2024-31.01.2025	Füreinander in Oberfranken - Antidiskriminierungsberatung	170.110,56 €
01.02.2024-31.01.2025	"M.U.T. - Beratung gegen Diskriminierung"	199.488,85 €
01.02.2024-31.01.2025	"Antidiskriminierungsbüro Hamburg entwickeln"	173.952,42 €

01.02.2024-31.01.2025	Mobile Antidiskriminierungsberatung in Bayern: intersektional, flächendeckend, professionell	200.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Modell Göttingen: Antidiskriminierungsarbeit in Stadt und Landkreis: Zivilgesellschaftliche ADBeratung, zivilgesellschaftliches AD-Netzwerk und strukturelle AD-Stelle	100.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Aufbau einer überregionalen Antidiskriminierungsberatungsstelle für LSBTIQ* / FLINTA in Ostwestfalen-Lippe (OWL)	127.352,00 €
01.02.2024-31.01.2025	LUBE – Lernen, Unterstützen, Beraten, Empowern gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen	117.136,93 €
01.02.2024-31.01.2025	AD-Beratung in Niedersachsen quantitativ und qualitativ sichern, weiterentwickeln und ausbauen	80.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Umsetzung dezentraler niedrigschwelliger Antidiskriminierungsberatung in ländlichen Regionen: Erschließung der Zielgruppe und Aufbau von Beratungskapazitäten in zwei Landkreisen Nordost-Niedersachsens	93.162,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsberatung außerhalb von Ballungsräumen – Aufbau, Erprobung und Etablierung einer Antidiskriminierungsberatungsstelle im Landkreis Görlitz	95.126,69 €
01.02.2024-31.01.2025	Rassismus in der Bildung erkennen, benennen und dagegen vorgehen	100.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	BeAGGtiv – Kompetenz- und Beratungszentrum gegen Diskriminierung – transparent-innovativverbindlich!	145.300,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Kinder im Fokus - Antidiskriminierungsberatung aus der Kinderperspektive	85.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Schaffung einer bundesweiten Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (FaDaS)	199.149,35 €
01.02.2024-31.01.2025	taub.jung.diskriminiert	137.421,05 €
01.02.2024-31.01.2025	Mobile Antidiskriminierungsberatung in Vorpommern-Greifswald	220.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsbüro Schwerin & LK Ludwigslust-Parchim	220.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum Greifswald und Vorpommern-Rügen	198.078,71 €
01.02.2024-31.01.2025	QAD*16 - Queere Antidiskriminierungsberatung in den Bundesländern	110.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Aufbau Antidiskriminierungsberatung im Nordwesten Niedersachsen	100.000,00 €
01.02.2024-31.01.2025	Aufbau von spezialisierten Schwerpunktberatungsstellen. Eine Weiterentwicklung des horizontalen Beratungsansatzes der LAG Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg	343.339,57 €
01.02.2024-31.01.2025	Rechte kennen und wahrnehmen – Beratung gegen Diskriminierung	150.183,67 €
01.01.2024-31.12.2025	Studie zu den Auswirkungen des Terrors in Israel seit dem 07.10.23 auf die jüdische Gemeinschaft in Deutschland	176.807,00 €
01.10.2024-30.06.2025	Antimuslimischer Rassismus in Print- und sozialen Medien nach dem 7. Oktober 2023	69.455,90 €
01.05.2024-31.01.2025	Sichtbarmachung von Antiziganismus und seine Folgen für die Betroffenen	47.770,29 €
01.05.2024-31.01.2025	Werkstattgespräche: „Antidiskriminierung in der betrieblichen Praxis“	99.515,63 €
01.05.2024-31.12.2024	Ageismus sichtbar machen, Veränderung bewirken!	58.518,68 €
01.05.2024-31.01.2025	Unterstützung der nationalen Gleichbehandlungsstellen bei der Gewährleistung einer erfolgreichen Umsetzung der Standardrichtlinien auf nationaler Ebene	200.000,00 €